

FRAGESTUNDE

Beginn: 12.24 Uhr

Ende: 13.00 Uhr

1) Elektronische Gewerbeanmeldung

GRin. **Fürntrath** stellt an Bgm.-Stv. Ferk folgende Frage:

GRin. **Fürntrath**: Sehr geehrter Herr Bürgermeisterstellvertreter! Ich habe diese Frage schon einmal gestellt am 22. April und zwar betrifft sie die elektronische Gewerbeanmeldung. In meiner Anfrage am 22. April dieses Jahres habe ich an Sie, sehr geehrter Bürgermeister-Stellvertreter, die Frage gestellt, ob Sie bereit sind die elektronischen Gewerbeanmeldungen zu forcieren. Der Gemeinderat der Stadt Graz wäre über den aktuellen Stand der Entwicklungen bis 8. Juli dieses Jahres zu informieren gewesen.

Bedauerlicherweise haben weder ich noch der Gemeinderat bis heute eine Antwort erhalten.

Bedauerlicherweise deshalb, weil es nicht nur immer mehr Gründerinnen und Gründer gibt, die ihre Gewerbe auf einfachem, modernem Weg, nämlich elektronisch, anmelden könnten.

Andere Städte, vor allem Bezirksstädte, sind der Stadt Graz, was Kundenservice und Effizienz anlangt, um Riesenschritte voraus.

Ich stelle daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister-Stellvertreter Walter Ferk, als zuständiger Stadtsenatsreferent die

Frage:

Was wurde Ihrerseits in dieser Angelegenheit unternommen beziehungsweise wie ist der heutige Stand der Dinge?

Bgm.-Stv. **Ferk**: Sehr geehrte Frau Gemeinderätin! Das Gewerbeamt hat Anfang Juli 2004 gemeinsam mit der Abteilung Informationsmanagement die Vorbereitung zur elektronischen Gewerbeanmeldung in Angriff genommen. Eine Rückfrage bei der Abteilung für Informationsmanagement über den letzten Stand der technischen Vorbereitung hat ergeben, dass ab nächster Woche ein Link im Testbetrieb freigeschaltet wird.

Bgm. Mag. **Nagl**: Gibt es eine Zusatzfrage, Frau Gemeinderätin?

GRin. **Fürntrath**: Das wäre meine Zusatzfrage gewesen, wann ist es soweit? Danke.

2) Zwischenbericht „Ausweitung der gebührenpflichtigen Kurzparkzonen“

GR. Dipl.-Ing. Dr. **Getzinger** stellt an StR. Dipl.-Ing. Dr. Rüschi folgende Frage:

Dr. **Getzinger**: Sehr geehrter Herr Stadtrat Rüschi! In der Gemeinderatssitzung von 15. Dezember 2003 wurde die räumliche und zeitliche Ausweitung der gebührenpflichtigen Zonen in Graz beschlossen. Dabei wurde auch vereinbart, dass ein erster Zwischenbericht über den Erfolg und die Auswirkungen der in diesem Gemeinderatsstück dargestellten Kurzparkzonenmaßnahmen dem Gemeinderat hinsichtlich der zeitlichen Ausdehnung bereits bis Mitte dieses Jahres, in den übrigen Fällen bis Ende 2004 vorgelegt werden sollte.

Ich stelle daher an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat Rüschi, namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs die

F r a g e:

Wann werden Sie dem Gemeinderat diese am 15. Dezember 2003 angekündigten Zwischenberichte vorlegen?

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Kollege Getzinger! Es gibt insgesamt drei Segmente, mit denen die Maßnahmen im Zusammenhang mit den Kurzparkzonen bewertet werden sollen und dann auch zu den entsprechenden Bewertungsberichten im Gemeinderat führen sollen. Zunächst einmal ist eine Befragung in Bearbeitung, ich muss vorwegschicken, dass die Maßnahmen im Zusammenhang mit den Kurzparkzonen sich auf einen Zeitraum 1. April 2004 bis Ende November 2004 beziehen. Vor 1.4.2004 wurde eine Befragung von insgesamt 200 Personen (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*) sowie von 250 Betrieben durchgeführt, das ist erledigt und es ist dann vorgesehen, dass nach Abschluss aller Arbeiten im Frühjahr 2005 eine zweite Befragung mit den selben Fragen selbstverständlich kommen sollen, um hier die Vorher-Nachher-Wirkungen zu erfassen, das ist das erste Segment. Das zweite Segment ist eine Evaluierung des Maßnahmenpaketes, das mit 1.4.2004 eingesetzt wurde. Ich erinnere daran, die Gebührenerhöhung von 0,50 auf 0,60 Cent pro 30 Minuten, die Gebührenpflicht am Samstag wurde wieder eingeführt, dann der Modellversuch 21.00 Uhr im Uni-Viertel und im Gebiet Altstadt West der Umweltjeton sowie die pauschale Parkgebühr für die Ausnahmegenehmigungen wurde mit 1. 5. 2004 eingeführt. Zu diesem Maßnahmenpaket werden insgesamt drei Erhebungen durchgeführt, vor dem 1.4.2004 ist bereits erfolgt klarerweise, die erste Nacherhebung im Juni dieses Jahres, ebenfalls erfolgt und die zweite Nacherhebung wird gerade derzeit durchgeführt. Zu diesem Maßnahmenpaket der von Ihnen angesprochenen Frage der zeitlichen Ausdehnung, wird es im Dezember-Gemeinderat einen Zwischenbericht, so im Gemeinderatsbeschluss angegebenen Zwischenbericht geben. Dann gibt es eine dritte Erhebung, und zwar die Erhebung, wie die Wirkungsweise der räumlichen Ausweitung der Kurzparkzone ist, erste Erhebung ist durchgeführt worden vor dem 1. Oktober, derzeit ist diese räumliche Ausdehnung ja gerade im Gange. In zirka drei Wochen erfolgt die erste Nacherhebung und im Frühjahr 2005 dann die zweite Nacherhebung. Das heißt, zu diesem Fragenkomplex wird es im Frühjahr 2005 einen Zwischenbericht geben. Der Endbericht über die gesamte Evaluierung soll bis im Sommer 2005 vorliegen. Ich darf

noch einmal kurz zusammenfassen, Gemeinderat Dezember, Zwischenbericht über die Evaluierung unter anderem der zeitlichen Ausdehnung, Umweltjeton sowie Gebührenpflicht am Samstag. Im Frühjahr der erste Zwischenbericht über die Ausweitung der Kurzparkzonen und im Juni der Endbericht über die gesamte Ausweitung der Kurzparkzonen zeitlich, räumlich und finanziell.

Dr. **Getzinger**: Danke Herr Stadtrat für diese Berichterstattung, die ich mir etwas früher in diesem Jahr gewünscht hätte. Ich glaube, dass das durchaus hinreichend gewesen wäre, diesen Zeitplan darzustellen und eben nicht erst, auf der Basis meiner Frage an Sie. Bei den Erhebungen vielleicht ein kleiner Wunsch, nämlich, dass alle betroffenen Gruppen, die im Gemeinderatstück genannt sind, befragt werden, nicht nur eine oder zwei betroffene Gruppen, sondern wirklich alle betroffenen Gruppen in diese Erhebung einbezogen werden und meine konkrete Frage an Sie: Im Gemeinderatsstück ist auch dargestellt, dass die Stadt Graz Initiativen setzen wird zur gesetzlichen Möglichenmachung von so genannten Parkzonen. Sie wissen, das sind jene vier Zonen, die wir angedacht haben, angeplant haben rund um die Kurzparkzonen herum innerhalb derer keine Beschränkung der Parkzeit besteht, aber doch Gebührenpflicht besteht. Inwieweit sind die Vorarbeiten diesbezüglich gediehen?

Dr. **Rüsch**: Zum Ersten, das ist schon richtig, dass damit der Zeitplan des Gemeinderatsbeschlusses etwas verschoben wurde. Ich möchte aber daran erinnern, dass das, glaube ich, durch die Zeitpunkte der Maßnahmeneinführungen durchaus gut begründet ist. Selbstverständlich ist dieser Zeitplan (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*) und diese Abfolge auch in Abstimmung mit dem Lenkungsausschuss von der GPG, die GPG ist ja beauftragt, diese Maßnahmen durchzuführen, weil es in Abstimmung mit dem Lenkungsausschuss der GPG vereinbart worden und ich denke mir, dass eben die wichtigste Frage, die sich voll anbietet, nämlich, was ist mit der zeitlichen Ausdehnung, dass die jedenfalls in Übereinstimmung auch mit dem Gemeinderatsbeschluss jedenfalls mit Dezember

vorliegen wird. Zur zweiten Frage, es hat zur Petition eine Initiative von meiner Seite beim Land gegeben. Das Land hat sehr schnell reagiert. Die Gesetzesänderung, die übrigens auch das mobile Parken umfasst, liegt im Entwurf vor und ist im Begutachtungswege. Aus derzeitiger Sicht könne wir damit rechnen, dass bis Jahresende die gesetzliche Grundlage für die Einrichtung der von Ihnen genannten Parkzonen vorliegen wird.

Dr. **Getzinger**: Vielen Dank.

3) Neue Geschäftsfelder Grazer Stadtwerke

GR. **Schmalhardt** stellt an StR. Mag. Dr. Riedler folgende Frage:

GR. **Schmalhardt**: Sehr geehrter Herr Stadtrat, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Aus Pressemitteilungen konnten wir erfahren, dass es Gespräche mit dem Vorstand der Grazer Stadtwerke einerseits und Regierungsmitgliedern des Hauses von SPÖ und ÖVP gegeben hat hinsichtlich Verkauf der Stadtanteile der AEVG und Ausgliederung des Kanals zu den Grazer Stadtwerken. Im Blickwinkel, dass der Vorstand der Grazer Stadtwerke andererseits Kerngeschäftsfelder des Unternehmens weiter ausgliedern will, ist es etwas sonderbar, auf der einen Seite Suche nach neuen Geschäftsfeldern, auf der anderen Seite gut funktionierende Bereiche wie Wasserversorgung, Informationsabteilung-EDV, Kundenabrechnung und wie ich jetzt neuerdings höre, auch die Bestattung, zu vergesellschaften, scheint mir das, zumindest diskussionswürdig zu sein, ob so eine Vorgangsweise der Unternehmensleitung sinnvoll ist. Weiters glaube ich, dass es notwendig ist, dass über solche Gespräche der Gemeinderat laufend und sofort zu informieren ist.

Namens unserer Fraktion richte ich an dich jetzt die

F r a g e ,

lieber Wolfgang, wieweit sind diese Gespräche gediehen, in welcher Form und auf welche Art sollen die beiden Bereiche in die Grazer Stadtwerke eingegliedert werden? (*Applaus KPÖ*).

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Sehr geehrter Herr Gemeinderat, lieber Josef! Ich darf dir folgende Antwort geben. Am 21. September 2004 wurde in Vorbereitung der Überlegungen zum Vollzug des Gemeinderatsbeschlusses der Stadt Graz im Zusammenhang mit dem teilweisen Verkauf des Energiesektors aus den Stadtwerken, dem zu entnehmen war, dass auch Geschäftsfelder den Stadtwerken neu zu eröffnen sind, ein Workshop durchgeführt, an dem auch die Geschäftsführung beziehungsweise die Vorstände der Stadtwerke teilgenommen haben beziehungsweise auch der Präsidialausschuss des Aufsichtsrates der Stadtwerke Aktiengesellschaft. Dabei wurde zum Ausdruck gebracht, dass die Grazer Stadtwerke entsprechend ihren Renditekriterien Interesse haben, die weiteren 51 % der Anteile der AEVG und das Abwassergeschäft der Stadt Graz zu übernehmen. Dazu finden laufend Abstimmungsgespräche statt und bei entsprechender Projektreife wird der Gemeinderat darüber umfassend informiert. Es hat natürlich keinen Sinn, solange nicht einmal eine klare Fixierung da ist, das vorweg zu nehmen. Dazu ist weiters zu sagen, dass zum Stand der Gespräche beziehungsweise der Projektfortschritt im Zusammenhang mit dem Ankauf beziehungsweise Verkauf der Anteile der Stadt an die AEVG und die Ausgliederung des Kanals an die Stadtverwaltung Folgendes heute berichtet werden kann. Zur AEVG: Ein Gutachten betreffend AEVG wurde entsprechend einem vereinbarten Zeitplan von der allgemeinen Revisions- und TreuhandgmbH geliefert. Die Übersicht zum Bewertungsergebnis und den dabei wesentlichen Annahmen wurde den Eigentümervertretern übermittelt. Offen dabei sind noch die erforderlichen Beschlüsse nach ausführlichen Eigentümerberatungen in den entsprechenden Organen. Außerdem hat die Leitung der Grazer Stadtwerke den Ankauf der AEVG an bestimmte Vorstellungen gebunden, die wiederum unsererseits erst zu prüfen sind und auch im Gemeinderat selbstverständlich und in den zuständigen Ausschüssen

diskutiert werden müssen. Zur Frage Kanal der Stadt Graz, hier haben Informationsaktivitäten im Projekt Abwasser seitens der Grazer Stadtwerke stattgefunden. Die Stadt Graz hat zugesagt, dass die Grazer Stadtwerke alle gesamten Unterlagen zu diesem Projekt erhalten werden, sobald solche vorliegen, wobei ich aber ausdrücklich feststellen möchte, dass dieser Verantwortungsbereich nicht in meinem politischen Pouvoir liegt. Alleinige Federführung bei diesem Projekt hat die Stadt Graz, Dr. Gartler ist der verantwortliche Leiter des Projektes unterstützt wird er dabei von Dr. Kamper und Dipl.-Ing. Maurer. Eine Prüfung kann jetzt nach Vorliegen der Basisstudie von Dr. Gartler und entsprechend aktualisierten Finanzinformationen vorgenommen werden. In dieser Phase wird dann auch der Wirtschaftsprüfer der Grazer Stadtwerke Aktiengesellschaft beigezogen, wobei das Vorliegen eines Endergebnisses frühestens für Ende 2004 geplant ist.

GR. **Schmalhardt**: Ich bedanke mich für die ausreichende Auskunft. Dankeschön.

4) Altstadtschutz und Bauverfahren

GRin. **Binder** stellt an StR. Eisel-Eiselsberg folgende Frage:

GRin. **Binder**: Sehr geehrter Herr Stadtrat Eisel-Eiselsberg! Vor einem Jahr, ziemlich genau vor einem Jahr gab es stürmische, heftige Proteste, weil das Kommod-Haus abgerissen wurde und viele von uns hatten damals den Eindruck, eine Hand wäscht hier die andere. Vieles ist daneben gegangen und es wurde aber gleichzeitig auch hoch und heilig und mit Inbrunst versprochen, alles zu tun, dass so etwas nicht mehr passiert wie vor einem Jahr mit dem Abbruch des Kommod-Hauses. Daher stelle ich jetzt an Sie, Herr Stadtrat, folgende

Frage:

Was ist seit dem Abriss des „Kommod - Hauses“ vor einem Jahr auf dem Gebiet des Altstadt- und Denkmalschutzes beziehungsweise im Bauverfahren unternommen worden, um eine Wiederholung solcher Fälle hinkünftig zu vermeiden?

StR. Eisel-Eiselsberg: Ja, Frau Klubobfrau! Unsere Bemühungen haben sich im Wesentlichen auf drei Bereiche bezogen. Einerseits auf den legistischen Bereich, hier wurden im Sinne der Beschlussfassungen des Gemeinderates die Petitionen an den Landesgesetzgeber weitergeleitet und somit wurde alles unternommen, was von unserer Seite zu unternehmen war. Im eigenen Wirkungsbereich hat die vom Gemeinderat beschlossene Sondergruppe der Bau- und Anlagenbehörde (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*), die sich extra für diesen Bereich konstituiert hat, alle Bauten in der Schutzzone I kontrolliert und auch sämtliche Baugebrechen in diesem Gebiet aufgenommen. Wo es notwendig war, hat die Behörde Baugebrechenaufträge beziehungsweise Instandsetzungsaufträge erlassen. Diese werden auch laufend kontrolliert und exekutiert. Bei der Vorschreibung von Sicherungsmaßnahmen zur Abwendung von drohender Gefahr wird, wie ebenfalls vom Gemeinderat beschlossen, jeweils die objektschonendste Maßnahme vorgeschrieben, soweit dies zweckmäßig und nach den örtlichen Gegebenheiten möglich ist. Weiters werden als zusätzliche freiwillige Initiative der Bau- und Anlagenbehörde alle Abbruchansuchen und zwar vom gesamten Stadtgebiet und nicht nur jene von der Schutzzone an das Bundesdenkmalamt zur Information geschickt. Die Denkmalbehörde gibt uns dann auf kurzem Weg bekannt, ob dieses Objekt schützenswert ist oder eben nicht und ob es zum Abbruch aus ihrer Sicht freigegeben werden kann. Damit soll verhindert werden, was sich erst unlängst in der Grüne Gasse ereignet hat. Hier hatte ein Objekteigentümer eine Abbruchbewilligung schon seit drei Jahren in Händen und wie es dann so weit war, haben Anrainer dagegen protestiert. Erst dann ist das Bundesdenkmalamt tätig geworden und hat den Bau gestoppt. Letztendlich hat sich herausgestellt, dass es nicht erhaltenswert ist, aber wir möchten durch diese Vorgangsweise solche Vorkommnisse verhindern und informieren also das Bundesdenkmalamt unmittelbar im Vorhinein. Und dann gibt es den dritten Bereich, den nenne ich den atmosphärischen Bereich. Aus meiner Sicht hat es hier eine spürbare Verbesserung

der Zusammenarbeit mit ASVK und Bundesdenkmalamt gegeben. Das wird von uns auch angestrebt und gepflegt. Wir versuchen einfach auf kurzem Weg gewisse Problemfelder aufzuarbeiten, einen Dialog zu führen, Problemlösungsmöglichkeiten zu finden, damit wir eben auftretenden Schwierigkeiten konsensual im Vorfeld und nicht im Nachhinein, wenn es vielleicht fast schon zu spät ist, und schon gar nicht über die Medien, dass wir diese Dinge dann abklären sollten und müssen. Dass in diesem sensiblen Bereich die drei befassten Institutionen, also Behörde, ASVK und Bundesdenkmalamt nicht immer einer Meinung sind, ist verständlich, weil sie eigentlich nicht immer einer Meinung sein können. Zu verschieden sind oft die jeweiligen Aufgabenstellungen und wie die Realität leider auch gezeigt hat, sind da die divergierenden Meinungen nicht immer unmittelbar unter einen Hut zu bringen, aber wir arbeiten daran, dass wir zumindest auf sachlicher und fachlicher Ebene und nicht auf emotionaler Ebene diese Problemfelder bearbeiten müssen. Ganz spontan, und das gehört sich wahrscheinlich nicht jetzt in der Geschäftsordnung, dass ich eine Frage stelle, aber wenn du in deiner Einbegleitung sagst, man hatte den Eindruck, eine Hand wäscht die andere, dann frage ich dich und würde dich bitten um eine Antwort, wen meinst du damit und welche Bereiche hast du damit angesprochen? (*Applaus ÖVP*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich hätte eine Bitte an die Mitglieder des Gemeinderates und an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und auch unsere Gäste, wir haben einen Geräuschpegel da herinnen, der es einem kaum möglich macht, dass man selbst als Sitznachbar alles versteht und ich denke mir, wenn jemand ganz was Wichtiges zu besprechen hat, er das auch draußen tun könnte und darum ersuche ich Sie, ein bisschen mehr Stille herinnen zustande zu bringen. Frau Gemeinderätin, gibt es eine Zusatzfrage?

GRin. **Binder**: Nein, eine Antwort auf den Herrn Stadtrat Eisel-Eiselsberg, denn er hat mich etwas gefragt. Herr Stadtrat Eisel-Eiselsberg auf keinen Fall hätte ich dich gemeint, auf keinen Fall.

5) Sponsoren für Gesundheitsschwerpunkte

GR. Univ.-Prof. Dr. **Hammer** stellt an StRin. Monogioudis folgende Frage:

Dr. **Hammer**: Sehr geehrte Frau Stadträtin! Anlässlich der Unterzeichnung der Gründungserklärung des Netzwerkes „Gesunde Stadt“ hat sich die Stadt Graz am 16. 9. 1992 dazu bekannt, Schwerpunkte und Aktionen im Bereich der Gesundheitsförderung zu setzen. Das ist eine Einleitung zu Fragen, Anträgen und was auch immer, die ich natürlich gerne verwende, aber ich möchte das auch immer wieder betonen und hervorheben.

In persönlichen Gesprächen habe ich Ihnen diesbezügliche Vorschläge unterbreitet, welche

- das Vorsorgebewusstsein und
- die Verantwortung für den Erhalt der eigenen Gesundheit stärken sowie
- Selbsthilfegruppen fördern sollen.

Für die Finanzierung derartiger Schwerpunkte und Aktionen habe ich vorgeschlagen, Kontakt mit potentiellen Sponsoren aufzunehmen, die gerade im Gesundheitsbereich zahlreich vorhanden sind.

Ich stelle daher an Sie, sehr geehrte Frau Stadträtin Monogioudis, die

Frage,

ob Sie derartige Kontaktaufnahmen mit potentiellen Sponsoren durchgeführt haben, und zu welchen Ergebnissen ihre Gespräche gekommen sind.

StRin. **Monogioudis**: Sehr geehrter Herr Gemeinderat! Wie Sie ja wissen, gibt es von Seiten des Gesundheitsamtes seit Jahren unterschiedliche Aktivitäten im Bereich der Gesundheitsförderung. Ich darf jetzt in aller Kürze noch einmal darauf hinweisen auf unsere Beratungsangebote, sei es im Bereich der Raucherentwöhnung,

Ernährungsberatung mit entsprechenden Kursen, Schwangerenbetreuung, die auch Gymnastikkurse und Schwimmkurse beinhalten. Ein besonderer Schwerpunkt wurde in den letzten Jahren im Bereich der Suchtprävention gesetzt und da möchte ich nennen beispielsweise das letzte Woche abgeschlossene sehr erfolgreiche Projekt Step by Step, eine Qualifizierungsmaßnahme mit erfreulich großer Beteiligung der Grazer Schulen. Derzeit arbeitet im Arbeitskreis Rauchen des Grazer Gesundheitsforums eine Expertenrunde an einem strukturellen Maßnahmenpaket zur Schaffung neuer nichtraucherfreundlicher Bedingungen. Die Beratungsangebote des Gesundheitsamtes werden, wie Sie auch wissen, sehr gut angenommen und sie werden auch immer wieder entsprechend angekündigt. Bei einem Gespräch vor einigen Wochen habe ich Ihnen, sehr geehrter Herr Gemeinderat, auch geschildert die Situation und Sie darauf hingewiesen, wie schwierig es sein wird, diese Angebote aufrecht zu erhalten angesichts der Sparmaßnahmen, von denen besonders der Bereich der freiwilligen Leistungen betroffen ist. Trotzdem gibt es natürlich auch bei uns Überlegungen, wie man mit möglichst geringem Ressourceneinsatz zusätzliche Aktionen im Bereich der Gesundheitsförderungen setzen kann. Sie, sehr geehrter Herr Gemeinderat, haben eben angeregt, zum Beispiel Veranstaltungen gemeinsam mit Sponsoren durchzuführen und ich habe Ihnen damals auch meine Skepsis mitgeteilt. Es gibt ja auch Erfahrungen aus der Vergangenheit. Abgesehen davon, dass man nur zu bestimmten Themen eben Sponsoren findet, und das finde ich dann besonders wichtig, ist es so, dass Sponsoren in der Regel an sehr attraktiven, sehr publikumswirksamen Veranstaltungen interessiert sind und die würden sie natürlich nicht zu hundert Prozent sponsern, das heißt, wir müssten dann mit entsprechenden Mitteleinsatz den Rest finanzieren. Und wenn ich jetzt wieder auf unsere Situation zurückkommen darf, dass wir nicht mehr, sondern weniger Geld zur Verfügung haben, dann sehen Sie, dass auch dieser Vorschlag, so gut gemeint er von Ihnen ist, nicht unbedingt die Lösung des Problems bedeuten kann. Natürlich kann es sein, dass damit der Mitfinanzierung von Sponsoren zum Beispiel neue Projekte kreiert werden können. Aber auch da möchte ich Sie darauf hinweisen, dass dann nicht die Kontaktaufnahme mit den Sponsoren der erste Schritt, also der Anfang sein kann. Also ich glaube, dass Sie nicht, Herr Gemeinderat, annehmen, dass wir jetzt mit Sponsorenfinanzierung die Einsparungen im Budget wettmachen könnten. Also das traue ich Ihnen eher nicht zu, dass Sie das so sehen würden, aber Sie werden verstehen, dass das immer erst ein weiterer Schritt sein könnte und ich nicht zuerst

jetzt mich auf die Suche machen kann. Ich hoffe, dass diese Antwort für Sie befriedigend ist (*Applaus KPÖ*).

Dr. Hammer: Danke, Frau Stadträtin. In aller gebotenen Wertschätzung Ihrer Person und der Aktivitäten, die das Gesundheitsamt schon setzt, ist es natürlich so, dass die zukünftigen Entwicklungen und schon die Projekte, die Sie jetzt machen, weitere Aktionen notwendig machen. Und ich kann es einfach so nicht hinnehmen aus der eigenen Erfahrung, da ich medizinische Fortbildungsveranstaltungen selbst organisiere und veranstalte und wenn man auch andere Veranstaltungen, die in der Öffentlichkeit stehen, betrachtet, dass es für medizinische Fragen und wenn man sich den riesigen Sponsormarkt, zum Beispiel von Gesundheitsbeilagen von Zeitungen anschaut, dass es da für diese Aktivitäten, die das Gesundheitsamt plant, keine Sponsoren gibt. Und ich möchte einfach darauf hinweisen, dass es bei dem vor einigen Tage stattgefundenen Kulturmarathon 41 Sponsoren gegeben hat, das entnehme ich da einem Bericht aus der Kleinen Zeitung vom 12. Oktober und die Sponsoren haben gereicht vom Buchstaben A bis W, von Antenne Steiermark bis Werzer und Willer-Witting. Das sind Dinge, die mit Sport nicht unmittelbar zu tun haben. Ihre Sorge, die natürlich und, verzeihen Sie mir, wenn ich das da hier so offen sage, die natürlich wahrscheinlich auch einen ideologischen Hintergrund haben, sind natürlich vor diesem Hintergrund zu verstehen, aber, wenn man das anschaut, was da den Marathon gesponsert hat, dann sollte die Sorge, dass hier Sponsoren auf den Inhalt einer Veranstaltung Einfluss nehmen können, sollte damit gering gehalten werden. Und ich fordere nach wie vor, dass man erstens sich Konzepte überlegt, was möchte ich im Gesundheitssystem an die Menschen herantragen, was ist die Aufgabe der Gemeinde und zweitens dann sehr wohl, wie ich das finanziere. Wobei ich nicht notwendigerweise einem Einsparen das Wort rede, sondern für den zunehmenden Bedarf das Geld von außen hereinbringen (*Applaus ÖVP*).

StRin. Monogioudis: Herr Gemeinderat, nicht Sie reden einem Einsparen das Wort, das Einsparen wurde auch mit Ihrer Stimme hier im Gemeinderat beschlossen. Und

ich habe mich auch danach zu richten, also das möchte ich schon einmal voranstellen. Ich habe vorher auch nicht meine ideologischen Bedenken gemeint, sondern auch von Erfahrungen gesprochen. Ich merke auch in anderen Bereichen, dass es einfach unterschiedlich schwierig oder leicht ist, Sponsoren zu bekommen und für den Marathon, da würde ich auch ohne, dass Sie mir das gesagt hätten, davon ausgehen, dass es da ziemlich leicht ist, Sponsoren zu bekommen. Also da würde ich einfach nicht so locker einen Vergleich ziehen. Es ist natürlich im Gesundheitsbereich wirklich auch sensibel, das wissen Sie ja selbst auch und haben Sie auch gesagt und deswegen denke ich, dass man das weder kategorisch ausschließen soll, noch jetzt sich übertriebene Hoffnungen machen (*Applaus KPÖ*).

6) 4-er-Verlängerung

GR. **Eichberger** stellt an StR. Dipl.-Ing. Dr. Rüscher folgende Frage:

GR. **Eichberger**: Sehr geehrter Herr Stadtrat! In meiner Frage geht es um die 4-er-Verlängerung. Ich glaube, die Notwendigkeit eines Park-and-Ride-Parkplatzes im Süden unserer Stadt ist, glaube ich, unumstritten und über Parteigrenzen hinweg. Vor allem im Hinblick dessen, dass sich ja einiges rund um die Messe tut, wo der eine oder andere Parkplatz über kurz oder lang, eher glaube ich über kurz, hier einer anderen Wertung zugeführt werden wird. Ich denke hier an die Park-and-Ride-Parkplätze in der Fröhlichgasse oder auch im Norden des Ostbahnhofes und ich hoffe zumindest auch in diesem Kreis, dass auch die Verlängerung der Straßenbahnlinie 4 zum neu zu errichtenden beziehungsweise umzubauenden Sparmarkt als unerlässlich angesehen wird. Einerseits dieser Park-and-Ride-Parkplatz im Süden, andererseits die 4-er-Verlängerung nicht nur jetzt ein Beitrag im Hinblick das viel zitierten Wort Feinstaubbelastung beziehungsweise hier ein Beitrag oder eine Signalwirkung in diese Richtung, was Maßnahmen in Bezug auf Umweltschutz betrifft, sondern auch auf der anderen Seite diese Errichtung eines zusätzlichen neuen Park-and-Ride-Parkplatzes und die 4-er-Verlängerung im Speziellen gesehen als Lösungsansatz für Parkplatzprobleme im Südosten unserer

Stadt beziehungsweise auch zur Lösung des Pendlerproblems, was die Abstellung von Privat-Pkws betrifft. Und nachdem nun die Firma Spar im Einvernehmen mit der Stadt Graz hier sehr emsig jetzt am Ausbau/Umbau ihres Parkplatzes tätig ist, und wer heute oder in den letzten Tagen den Autobahnzubringer A2Z hier gefahren ist, hat schon gemerkt, dass es hier zu Auf- und Abfahrbauten kommt und aus diesem Grund scheint es uns ganz, ganz wichtig zu sein, dass hier auch seitens der Stadt, was jetzt die Verlängerung der Linie 4 betrifft, hier ehebaldigst auch Maßnahmen gesetzt werden, damit hier nicht der Zug abfährt oder besser gesagt, die Straßenbahnlinienverlängerung 4 abgefahren ist, weil es einfach notwendig ist, dass im Zuge dieser Umbauarbeiten und Neugestaltungen zumindest im kommenden Jahr, und das haben mir vor allem Experten aus der Baudirektion auch bestätigt, es unumgänglich sei, hier einen Wendekreis zumindest einzubauen, um hier gewisse Vorarbeiten zu tätigen, bevor eben hier dieser Parkplatz und diese Auf- und Abfahrten fertiggestellt werden. Und die Bevölkerung, nicht nur in Jakomini und in Liebenau, sondern speziell im gesamten Südosten unserer Stadt hat natürlich Sorge, wie geht es mit der 4-er-Verlängerung weiter. Einerseits gibt es hier einen gültigen Projektgenehmigungsbeschluss, was die Linie 4 betrifft, auf der anderen Seite gibt es natürlich auch die Aufgabenkritik und auch das gesamte Paket des öffentlichen Verkehrs ist momentan noch nicht abgehandelt. Deshalb eine große Unsicherheit, wobei es unumstritten ist, dass wir, glaube ich, alle diesen 4-er zur Lösung der Parkplatzproblematik einfach brauchen. Nicht nur in Bezug auf Messe, auf Stadthalle, nicht nur in Bezug auf die Situation beim Liebenauer Stadion, sondern insgesamt als wesentlichen Beitrag. Und aus diesem Grund, weil es eben diese Unsicherheit gibt und diese vielen offenen Fragen in diesem Zusammenhang, meine

F r a g e

an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, namens der sozialdemokratischen Fraktion:

Wie schaut es momentan tatsächlich mit der 4-er-Verlängerung aus?

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Herr Gemeinderat! Ihre Anfrage gibt mir Gelegenheit über dieses Projekt einen aktuellen Situationsbericht darzulegen. Ich hoffe, dass alle damit einverstanden sind, dass ein, zwei Minuten insgesamt dauern wird. Ich möchte die Antwort gerne in vier Punkte untergliedern. Zunächst die Beschlusslage, die Beschlusslage, dann zum Verfahrensstand, Projektablaufplan und die Entscheidungen und Beschlüsse, die anstehen. Beschlusslage, wir haben am 14. 3. 2002 die Projektgenehmigung für die Linie 4 beschlossen in Höhe von 22,3 Millionen Euro, darin sind etwas über 20 % finanzieller Beitrag der Firma Spar enthalten. Im Wesentlichen die Linie 4 betreffend sind es vier Maßnahmen: Die Verlängerung von der Endstation Liebenau bis zum Einkaufszentrum Sternäckerweg, es ist die Errichtung des Anschlusses der A2Z, der jetzt im Bau ist zur Anbindung des Park-and-Ride-Hauses, das dort geplant ist. Dritter Bereich ist der Anschluss der A2Z Nähe der Kreuzung mit der Liebenauer Straße auf das Grundstück, das der GBG gehört und die vierte Maßnahme sind Begleitmaßnahmen, Veränderung des Vorplatzes der Messehalle zum Beispiel. Auch ein Geh- und Radweg ist dabei. Weiters gibt es einen Mobilitätsvertrag mit der Firma Spar, in der die finanziellen Leistungen der Firma Spar geregelt sind, das ist die Beschlusslage. Zum Verfahrensstand: Das Bundesgesetz zur Übernahme der A2Z in das Gemeindestraßennetz liegt vor. Die Verordnung zur Auflassung der Autobahn auf der A2Z ist ebenfalls rechtsgültig. Rechtsgültig ist ebenfalls der vorhandene eisenbahnrechtliche Baubescheid zur Verlängerung der Straßenbahnlinie 4. Bau- und Betriebsbewilligung für die Park-and-Ride-Anlage liegt rechtsgültig vor. Ebenso die Bau- und Betriebsbewilligung für das Fachmarktzentrum. Ebenso liegt vor als Letztes die Verordnung nach dem Landesstraßengesetz für die Errichtung der einzelnen Straßenbahnanschlüsse, das heißt in einem Wort zusammengefasst, es liegen alle erforderlichen Bescheide für die Errichtung des Fachmarktzentrums und selbstverständlich auch für die Verlängerung der Linie 4 inklusive aller Parkanlagen, die dort geplant sind, vor. Wie sieht der Projektablaufplan aus? Die Firma Spar möchte gerne mit ihren Arbeiten, Ausweitung des Fachmarktzentrums nach aktuellen Bauzeitplänen bis zum Ende des Jahres 2006 fertig sein. Es ist auch für die Einrichtungen, die die Stadt Graz betreffen, ein wichtiges Datum. Bauarbeiten für den Anschluss der A2Z sind im Gange, Sie haben es erwähnt, wir haben als nächstes über die Option zu entscheiden und zwar, ob die Stadt Graz die Option wahrnimmt, den Grund im Baurecht zu Nutzen für die Errichtung der Park-and-Ride-Anlage. Das

ist ein Parkhaus mit zirka 500 Parkplätzen, die zusätzliche zu den 2.300 Parkplätzen der Firma Spar eingerichtet werden sollen. Für die Errichtung der Straßenbahnschleife muss bis Ende Oktober 2004 die Ausschreibungsplanung erfolgen, damit rechtzeitig begonnen werden kann mit dem Bau. Es ist aus bautechnischen Gründen sehr wichtig, dass das Fachmarktzentrum und die Schleife der Linie 4 um das Fachmarktzentrum herum in einem Zug gemacht wird, aus bautechnischen Gründen und wohl auch aus logischen Gründen, wir werden nicht dann, wenn das Fachmarktzentrum steht, rundherum den Grund wieder aufreißen für die Schleife. Das ist der Projektablaufplan, so ist es geplant, so laufen alle Vorbereitungen in der Baudirektion, es gibt zwei Teams, jeweils unter der Führung des Baudirektors, in einem geht es um das Parkgebäude und zum zweiten Bereich geht es um die Verlängerung der Linie 4. Nun zu Ihrer konkreten Frage der Unsicherheit, die aus meiner Sicht, wenn ich ganz offen sage, nicht gegeben ist. Es müssen lediglich, und darauf möchte ich gerne hinweisen, folgende Beschlüsse gefasst werden: Wir müssen im November dieses Jahres, das heißt beim nächsten Gemeinderat, einen Grundsatzbeschluss über die weitere Errichtung der Park-and-Ride-Anlage fassen, wie die Aufgabenteilung zwischen GBG, GPG und der Stadt Graz ist. Dieser Beschluss liegt im Entwurf vor, er soll im nächsten Gemeinderat eingebracht werden. Wir müssen weiters im nächsten Gemeinderat beschließen, im November, wenn wir diesen Zeitplan einhalten wollen, ein Finanzierungsübereinkommen zwischen der Stadt Graz und der Grazer Stadtwerke AG betreffend die Verlängerung der Straßenbahnlinie 4, wie gesagt, Projektgenehmigung ist vorhanden. Mit dieser Finanzierungsvereinbarung muss von der Finanzdirektion vorbereitet werden, die Vorinformation durch die Stadtbaudirektion ist abgeschlossen, es ist dann eben die Entscheidung, ob die Finanzdirektion dieses Stück auch tatsächlich einbringt. So weit meine Informationen vorhanden sind, ist das auch der Wille. Im November 2004 muss ebenfalls das Übereinkommen zwischen der Stadt Graz bezüglich aller Grundstücke, die noch erforderlich sind und die vereinbart sind, dass sie in das Eigentum der Stadt Graz übergehen, abgeschlossen werden. Und dann ist der letzte wichtige Punkt, dass bis unmittelbar nach der Finanzierungsvereinbarung mit den Grazer Verkehrsbetrieben über die Errichtung der Linie 4 die Auftragserteilung zur Ausschreibungsplanung erfolgen muss. Das heißt, wir liegen voll im Zeitplan, der abgestimmt ist mit der Firma Spar, wir haben als wichtigsten Projektbeschluss die Projektgenehmigung, die

nächsten wichtigen Schritte sind aufgezeigt. Mir ist in dieser Hinsicht trotz der vielen Diskussionen, die ich selbstverständlich kenne, an denen ich auch teilgenommen habe, aber jedenfalls zum jetzigen Zeitpunkt keine Unsicherheit über den weiteren Projektablauf bekannt.

GR. **Eichberger:** Bei allem Verständnis, dass Sie, Gott sei Dank, keine Unsicherheiten sehen. Ich sehe die eine oder andere schon, wenn ich allein dran denke und mir Ihre Aufzählung jetzt bewusst mache, dass doch noch ganz gravierende Beschlüsse in den nächsten Gemeinderatssitzungen hier zu treffen sein werden, wo also das schon zu einer gewissen Unsicherheit natürlich beiträgt, weil man nicht weiß, wie diese Beschlüsse letztendlich ausgehen, freut mich auf der anderen Seite, dass wir hier im Zeitplan liegen. Aber wirklich noch einmal meine konkrete Frage, weil da muss man schon eines sagen, diese Schleife nächstes Jahr ist unumgänglich. Können Sie wirklich, Herr Stadtrat, garantieren, dass zumindest, unabhängig jetzt von den Beschlüssen, die wir noch zu treffen haben, ob bei der nächsten Gemeinderatssitzung oder bei den folgenden, dass zumindest hier die finanzielle Sicherheit gegeben ist und das Bauvorhaben hier, was die Schleife betrifft, nächstes Jahr wirklich über die Bühne gehen kann?

StR. Dr. **Rüsch:** Ich kann Ihnen garantieren, dass die Vorbereitung für diese Beschlüsse rechtzeitig für den Gemeinderat im November kommen werden. Was ich nicht garantieren kann, das ist, dass die Beschlüsse, die Vorbereitung von der Finanzdirektion kommt, das liegt nicht in meinem Einflussbereich und dann denke ich mir, dass die Garantie selbstverständlich nicht gegeben werden kann, ob dann im Gemeinderat eine entsprechende Mehrheit zustande kommt, aber das wird die Diskussion zeigen. Darf ich das noch einmal wiederholen als Letztes. Wenn wir die Schleife jetzt nicht beschließen, dann schießen wir uns ein riesiges Eigentor, denn die Firma Spar baut selbstverständlich das Fachmarktzentrum, wenn das fertig gebaut ist und wir beginnen dann wieder vom Neuen um dieses Fachmarktzentrum rundherum wieder aufzugraben und dort eine Schiene zu verlegen, dann zeigen wir,

glaube ich, nach außen ein sehr, sehr schlechtes Bild über unsere Fähigkeit und Projektumsetzungseffizienz und das sollte uns nicht passieren (*Applaus ÖVP*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Meine geschätzten Damen und Herren des Gemeinderates! Jetzt habe ich eine Bitte an Sie, dass wir die Fragestunde kurz unterbrechen und zwar aus folgendem Grund: Wir beschließen heute ein Gemeinderatsstück über eine Darlehensaufnahme über 21 Millionen Euro. Nachdem dieser Beschluss, so wie ich es aus dem Ausschuss auch entnommen habe, jetzt hier eine Mehrheit finden wird und es bei der Finanzierung eigentlich um Minuten, wenn nicht um Sekunden, geht und wir spätestens um 13.30 Uhr heute die Aufträge erteilt haben, würde ich Sie bitten, dass wir das Gemeinderatsstück 12) der Gemeinderatstagesordnung jetzt vorziehen. Ihr Einverständnis vorausgesetzt.

Tagesordnung

Öffentlich

Berichterstatter: StR. Mag. Dr. Riedler

12) A 8 – K 86/2004-1

erhöhte Mehrheit

Darlehensaufnahme in der Höhe von €
21.000.000,00 für die AOG 2004

Dr. **Riedler**: Ich bedanke mich für diese Ausnahmeregelung. Ich möchte das Stück sehr kurz nur berichten, weil ja das Stück Ihnen zugegangen ist. Es geht um die Darlehensaufnahme in der Höhe von 21 Millionen Euro für die AOG des Jahres 2004. Es wurde diese Darlehensaufnahme ausgeschrieben und sind zehn Anbote eingegangen. Wir haben nach interner Beratung und nach Rückversicherung bei dem Finanzexperten Dr. Schiltknecht aus der Schweiz ein bestes Angebot ausfindig gemacht und zwar das Angebot 9b der Landeshypothekenbank Steiermark. Dieses Angebot wird nun zur Annahme vorgeschlagen, wobei ich ergänzend festzustellen habe, dass sich durch die aktuelle Zinssituation, wie sie von der Finanzdirektion und vom Herrn Finanzdirektor um 11.30 Uhr abgefragt und versichert wurde, sich das Angebot noch verbessert hat. Ich möchte daher folgenden Antrag stellen und ich sage ausdrücklich dazu, wo sich die Faktoren verändern. Die Annahme eines Darlehens in der Höhe von 21 Millionen Euro bei der Landeshypothekenbank Steiermark wird beantragt. Zu den Bedingungen des beiliegenden Vertragsentwurfes sowie des beiliegenden Angebotes vom 27.9.2004, die integrierende Bestandteile dieses Beschlusses bilden, wobei die Zinssatzänderung bei endgültiger Zuschlagserteilung gegenüber dem ursprünglichen Anbotszeitpunkt hinsichtlich des Multiplikators eine gewisse Bandbreite im Antrag hatte und die endgültige Fixierung des 6-Monats-Schweizer-Franken-Libor Zinssatzes beträgt nun $0,77667$ multipliziert mit dem Multiplikator, nicht wie er im Stück steht, sondern $1,5095 + 0,12$ und das gibt es, das sage ich informationshalber dazu, weil ich es nur selber mit dem Rechner schnell ausgerechnet habe und das nicht Beschlussgegenstand sein soll, aber die Faktoren ergeben natürlich ein mathematisches Ergebnis, nach meiner Berechnung

kaufmännisch gerundet einen Zinssatz von 1,359, also ein bisschen besser, als wir ursprünglich erwarten durften. Ich ersuche um Annahme dieses Stückes.

Der Berichterstatter stellt namens des Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschusses den Antrag, der Gemeinderat wollegemäß § 45 Abs. 3c des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. 130/1967 i.d.F. LGBl. 91/2002 mit der erforderlichen qualifizierten Mehrheit beschließen:

Die Aufnahme eines Darlehens in der Höhe von € 21.000.000,00 bei der Landes-Hypothekenbank Steiermark AG, Radetzkystraße 15-17, 8010 Graz, wird zu den Bedingungen des beiliegenden Vertragsentwurfes sowie des beiliegenden Angebotes vom 27.9.2004, die integrierende Bestandteile dieses Beschlusses bilden, genehmigt, wobei die Zinssatzänderung bei endgültiger Zuschlagserteilung gegenüber dem ursprünglichen Angebotszeitpunkt [27.9.2004: $(0,77667 \times 1,515) + 0,12 = 1,297 \%$ p.a.] hinsichtlich des Multiplikators innerhalb einer Bandbreite von 0,09 % liegen muss [d.h. bei gleichem 6-Monats-CHF-Libor: Maximaler Zinssatz $(0,77667 \times 1,605) + 0,12 = 1.367\%$ p.a.]

Der Antrag wurde einstimmig angenommen (49 : 0).

Fragestunde

Beginn: 13.05 Uhr
Ende: 13.35 Uhr

7) Planung Messequadrant

GR. **Slamanig** stellt an StR. Dipl.-Ing. Dr. Rüscher folgende Frage:

GR. **Slamanig**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es mag schon so sein, dass in der Steiermark der Josef der Nationalheilige ist, der Schriftleitung dürfte entgangen sein, dass ich seit meiner Taufstunde Johann heißt und ich möchte das vorweg stellen. Nachdem die vielen Fragen an den Stadtrat Herrn Dipl.-Ing. Gerhard Rscher gerichtet worden sind, möchte ich eine anschließen und sie betrifft den Messequadranten. Sehr geehrter Herr Stadtrat Rscher! Der besorgte Bezirksrat Jakomini versucht seit längerer Zeit, Licht in die Planungsgeschichten rund um den Messequadranten zu erlangen. Die bisherigen Informationen, die auch uns bekannt sind, sagen in keiner Weise über die endgültigen Bau- und Verkehrsplanungen etwas aus. Damit die Bevölkerung und der Bezirksrat rechtzeitig eventuellen Einfluss darauf nehmen kann, richte ich an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat namens der KPÖ-Fraktion folgende

Frage:

Gibt es konkrete Bauvorhaben, über die die Bevölkerung informiert werden könnte oder sind alle Planungen noch unverbindlich, obwohl die Fertigstellung laut Messe-Chef Nilly Nail im Jahr 2006 bereits abgeschlossen sein sollte?

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke, Herr Gemeinderat, es tut mir Leid, dass ich da den Namen falsch gesagt habe. Unser Messedirektor dort heißt Nilly Nail.

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Nachdem nun schon Licht in die Namensgebung gefallen ist, hoffe ich auch etwas Licht zusätzlich in die Planungsgeschichte zu bringen für den Bezirk. Ich möchte gerne vorwegschicken, dass es eine Veranstaltung bei mir gegeben hat, ein Treffen am 20. September 2004, zu dem ich alle im Bezirksrat vertretenen, nicht alle, aber jedenfalls SPÖ, ÖVP und die KPÖ-Bezirksratsvertreter/vertreterinnen bei mir waren an diesem Tag, habe ich detailliert, soweit der aktuelle Stand eben ist, über den Messequadranten berichtet. Ich möchte auch dazu sagen, dass wir am 7. Juli 2004 das Projekte Messequadrant, den aktuellen Stand im Ausschuss vorgestellt haben. Wie ist die Situation, um dieses Datum aufzuklären, das hier genannt wurde, Ende 2006, das ist das vorgesehene Datum, der Abschluss der Bauarbeiten für die Halle 1, jene Halle, die neben der Stadthalle errichtet werden wird. Also, das zum Kern des Messeprojektes gehört, aber nicht zu den Dingen und zu den Planungen, die es um den Messebereich herum geht. Da darf ich ganz kurz ausführen: Durch die Neupositionierung der Geschäftsfelder der Messe Graz Ende 2003 wurde eben das ursprüngliche Ausbaukonzept sehr stark reduziert, grundlegend überarbeitet. Über die Halle 1 habe ich schon berichtet. Es sind damit, durch diese Reduzierung, sehr viel mehr Areale frei geworden, die von der Messe verwertet werden sollen, um auch einen Finanzierungsbeitrag für den weiteren Ausbau des Messecenters selbst leisten zu können. Es geht hier um Flächen von insgesamt 88.000 m², die als Kern-, Büro- und Geschäftsgebiet gewidmet sind, laut gültigem Flächenwidmungsplan. Die Messe hat diese Flächen ausgeschrieben, sie sucht Investoren, die auf diesen Flächen ihre Bautätigkeit dort entfalten und es gibt eine Arbeitsgruppe auch wiederum unter der Leitung der Baudirektion, und in dieser Arbeitsgruppe sind alle betroffenen Abteilungen der Stadt Graz vertreten und diese Arbeitsgruppe hat unter Beiziehung eines externen Experten eine sehr umfassende Broschüre erzeugt, produziert, in der die städtebaulichen Grundlagen für die Nutzung dieser 88.000 m² dargestellt sind. Nicht enthalten oder nicht ausführlich enthalten in dieser Darstellung ist das exakte und umfangreiche Verkehrskonzept, das ist derzeit in Bearbeitung und aus aktueller Sicht werden wir das spätestens im Dezember dem Ausschuss vorlegen. Sobald es, wie gesagt, dann fertig erarbeitet ist. Die Messe hat, wie gesagt, diese Ausschreibung gemacht nach Investoren, es gibt auch zahlreiche Interessenten, es gibt Gespräche, aber es sind auf diesem Gebiet noch keine Entscheidungen zu nennen. Also zusammenfassend jedenfalls ist es klar, dass wir laufend sowohl im

Ausschuss berichten, laufend auch Bezirksvertreter beiziehen werden, die städtebaulichen Grundlagen sind im Wesentlichen fertig, am Verkehrskonzept wird noch gearbeitet, bis im Dezember soll es vorliegen.

GR. **Slamanig**: Ich möchte mich außerordentlich herzlich bedanken für die tolle und umfassende Antwort.

8) Zukunft der Graz 2003 GmbH

GRin. **Rücker** stellt an StR. Mag. Dr. Riedler folgende Frage:

GRin. **Rücker**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Herr Stadtrat hat ja im Finanzausschuss schon kurz zu dem Thema Stellung genommen. Ich hätte aber gerne, dass man es da herinnen noch einmal hört. Kannst du dem Gemeinderat über die ersten Ergebnisse der Gespräche über die Zukunft der Graz 2003 GmbH berichten? Wie ist der aktuelle Stand und wie ist die Perspektive?

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Die Verhandlungen auf Beamtenebene unter Einbindung des Leiters des Kulturstandes und des Finanzdirektors (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*) auf unserer Seite laufen immer noch, allerdings muss ich festhalten, dass wir im Moment eher an einem Totpunkt angelangt sind. Bisher scheitert eine Einigung über die rechtliche Fusion von der 2003 und der KSG an unterschiedlichen Wertvorstellungen bezüglich der Murinsel. Aus meiner Sicht ist die Murinsel als Wert jedenfalls, und zwar als Wert, der ja in der 2003 GmbH vorhanden ist, jedenfalls einzubringen und auch bewertet einzubringen. Graz bietet weiters an, den restlichen Betrieb der 2003 GmbH in die KSG beziehungsweise in eine

gemeinsame Gesellschaft einzubringen, als da wären, Logo, Kulturserver, Verwertungsrechte, die im Moment bewertet sind mit einem Betrag von zirka 0,5 Millionen Euro in Summe. Weitere 0,5 Millionen Euro in Cash könnten auch noch eingebracht werden aus meiner Sicht auf Grund der Rücklagen, die in der Gesellschaft ja vorhanden wären, für den Fall, dass man sie zusammenführt, das ist allerdings noch strittig. Das Land Steiermark möchte jährlich 2,3 Millionen Euro zur Verfügung stellen, davon allerdings eine Million zweckgewidmet für die Filmförderung und 0,3 Millionen Euro als Sacheinlage. Es hat mehrere Besprechungen auch auf politischer Ebene gegeben unter Einbindung meines Kollegen Stadtrat Buchmann und meiner Person und ich habe bei diesen Gesprächen meine Vorgabe weiter präzisiert, insbesondere dass wir davon ausgehen, dass eine 50 %-ige Beteiligung der städtischen Gesellschaft beziehungsweise der direkten Beteiligung der Stadt Graz für uns unabdingbar ist und dass wir auf Augenhöhe in einer solchen Gesellschaft vertreten sein müssten. Es wurde vereinbart, dass ein Positionspapier durch die Finanzdirektion beziehungsweise das Kulturamt in Absprache mit den jeweiligen Stadtsenatsreferenten zu erstellen ist, das dann die präzise Haltung der Stadt Graz für die weiteren Gespräche darstellen würde. Außerdem ist meines Wissens ein Gespräch zwischen dem Kollegen Buchmann und der Frau Landeshauptmann auf Kulturreferentenebene zu diesem Thema ebenfalls geplant. Ich sage aber ausdrücklich dazu, wenn es zu keiner Einigung kommt beziehungsweise, zu keiner aus meiner Sicht die finanziellen Interessen der Stadt Graz befriedigenden Einigung kommen kann, werden wir andere Überlegungen anstellen müssen, und ich würde auch nicht sagen, dass das ein großartiger Beinbruch ist, weil ich davon ausgehe, dass die Kulturgesellschaft des Landes in jedem Fall ein Interesse an einer Zusammenarbeit mit der Stadt Graz hätte, auch wenn wir dann leider eben nicht auf dieser gemeinsamen Beteiligungsbasis zusammenkommen würden. Einstweilen gebe ich die Hoffnung aber nicht auf, dass wir zu einem für die Stadt Graz guten Ergebnis kommen (*Applaus SPÖ*).

GRin. **Rücker:** Eine kurze Zusatzfrage. Diese anderen Überlegungen, die du jetzt angekündigt hast, wurden zum Beispiel auch die Überlegungen, die wir schon mehrfach angesprochen haben, dass die Stadt selbst im eigenen Kulturressort die

Agenden übernehmen könnte, auch angedacht, oder ist das immer noch ganz weit weg von den Überlegungen?

Dr. **Riedler**: Für den Fall, das wir zu keiner Einigung kämen mit dem Land, wäre die Alternative natürlich die, dass wir trotzdem das, was in der Gesellschaft an Werten vorhanden ist, materieller, natur- oder auch immaterieller Natur einer möglichst optimalen Nutzung durch die Stadt Graz zuführen müssten, das würde aus meiner Sicht natürlich bedeuten, dass wir vor allem das, was an touristischem Know-how und Faktensammlungen da ist, wahrscheinlich vernünftigerweise entweder dem Tourismusressort oder der Tourismusgesellschaft mit einem entsprechenden Auftrag verbunden anbieten könnten. Es wäre natürlich auch so, dass Bereiche, die für das Kulturressort von Interesse wären, auch nach Gesprächen und Vereinbarungen dort gut angelagert sein könnten und andererseits, was an Liegenschaften da ist, eben von der Liegenschaftsverwaltung oder anderen Stellen der Stadt verwaltet werden könnten oder etwa eine Fusion mit einer Gesellschaft, die im städtischen Einfluss sich befindet auch denkbar wäre. Aber das ist jetzt nur eine Beschreibung theoretischer Möglichkeiten, die natürlich bestehen und über die wir dann uns Gedanken machen, wenn wir sehen, dass wir zu keiner Einigung mit dem Land kommen können. Ich möchte nur darauf hinweisen, dass auch eine Vorbedingung unsererseits noch nicht zur Gänze erfüllt ist und zwar die Überweisung der 805.000,- Euro an die 2003-Gesellschaft, eine erste Tranche in der Größenordnung von 300.000,- Euro ist bereits geflossen, die zweite wurde in Aussicht gestellt mit einem Hinweis, dass allerdings eine Bedeckung auf der Landesseite durch den Kulturschilling erfolgen müsste, das sehe ich in der Form nicht so, weil ja die Mittel tatsächlich und faktisch vom Bund direkt an das Land geflossen sind und daher diese Mittel ja da sind und wir auch zu befriedigen sind. Allerdings ist in Aussicht gestellt, und ich glaube, dass das auch so eintreten wird, dass im Laufe des Monats Oktober das Geld auf dem Konto der 2003-Gesellschaft eingelangt sein wird (*Applaus SPÖ*).

9) Organisationsstruktur für die Umsetzung des Waldpflegeplans

GR. Mag. **Candussi** stellt an StR. Mag. Dr. Riedler folgende Frage:

Mag. **Candussi**: Sehr geehrter Herr Stadtrat, lieber Wolfgang! In seiner Sitzung vom 5.10.2001 hat der Gemeinderat der Stadt Graz unter dem Titel „Nachhaltige Waldbewirtschaftung und -pflege“ das Konzept „Integrale Planungen für die Stadtwälder – Richtlinien für die praktische und naturnahe Waldbewirtschaftung der Grazer Stadtwälder“ beschlossen. Das ist ein wirklich mustergültiges Konzept.

Gemäß den Richtlinien für seine praktische Umsetzung wurde damals die Liegenschaftsverwaltung in Zusammenarbeit mit der Magistratsdirektion und aufgrund des Eigentumsübergangs nun auch in Zusammenarbeit mit der GBG mit der Ausarbeitung eines Vorschlages für eine Organisationsstruktur beauftragt, die den Anforderungen der naturnahen Waldbewirtschaftung entspricht.

Mittlerweile sind, wie du vielleicht nicht mit Taschenrechner, aber im Kopf nachgerechnet hast, drei Jahre ohne ein sichtbares Endergebnis vergangen.

Meine

F r a g e

daher an dich, sehr geehrter Herr Stadtrat,

wann wirst du dem zuständigen Ausschuss endlich einen Strukturvorschlag für die Umsetzung des Waldpflegeplans vorlegen?

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Der Auftrag zur Umsetzung des Grazer Waldentwicklungsplanes erfolgte durch den Herrn Magistratsdirektor und es fanden unter Einbeziehung des Reformteams weiterführende Schritte zur operativen Umsetzung statt. Fünf Punkte sind dabei erörtert worden und sollten einer weiteren

Behandlung zugeführt werden. Schlüsselprozesse und Teilmaßnahmen in neun Schritten. Zweitens: Verankerung des Waldbereiches als Referat als Hauptgruppe in der Geschäftseinteilung des Magistrates der Stadt Graz. Drittens: Einrichtung des Waldbereiches als Proficenter. Viertens: Kontaktmanagement zur Steuerung des Fachbereiches Wald zwischen der Amtsleitung und der Referatsleitung für den Fachbereich Wald und fünftens: mehrjährige Budgetierung. Zu allen fünf Bereichen sind also Anmerkungen zu machen, die Schlüsselprozesse zum Beispiel sind aufzugliedern in neun Schritte, wie ich vorhin erwähnt habe. Erstens Holzverkäufe, zweitens Vergabe von Leistungen im Rahmen der Waldpflege, drittens Grundverkehr von Waldliegenschaften, viertens Pflegeverträge, fünftens Information und Meinungsbildung, sechstens Waldpädagogik, siebentens Bewirtschaftung des Schalenwildes, achtens Entwicklung und Pflege von Erholungseinrichtungen und Flächen, neuntens Naturschutz und Biotoppflege. All diese Bereiche sind nicht ausschließlich in meinem Wirkungsbereich, sondern auch in der Magistratsdirektion, wie schon zu Beginn gesagt, angelagert, aber ich fühle mich verantwortlich für die Umsetzung des Waldpflegeplanes, das sage ich frei Haus und übernehme auch diese Verantwortung und habe daher auch in regelmäßigen Abständen zur Waldenquete eingeladen und die interessierten Mitglieder des Aufsichtsrates der GBG beziehungsweise der Ausschüsse der Stadt Graz immer wieder zu entsprechenden Informationsveranstaltungen eingeladen. Ich schlage dir vor, nachdem ich hier sehr, sehr umfangreiche (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*) Informationen von der GBG beziehungsweise auch von der Abteilung für Liegenschaftsverwaltung, die mit diesem Projekt betraut sind, bekommen habe, diese Unterlagen dir schriftlich zukommen zu lassen, dass wir die Beantwortung in der gebotenen Kürze halten können. Ich würde dir dann das als Diskussions- und Informationsgrundlage zur Verfügung stellen und schlage sehr gerne vor, die interessierten Mitglieder des Gemeinderates, am besten aus jedem Klub eine Person, wieder, so wie ich das in der Vergangenheit schon getan habe, zu einem Gespräch zu mir einzuladen und die weiteren Informationen und Diskussionen führen zu können, sodass wir den Informationsstand zum Thema Waldpflege der öffentlichen Fläche, Waldflächen in der Stadt Graz entsprechend fortführen können und möchte bei dieser Gelegenheit darauf hinweisen, dass wir möglicherweise Gelegenheit haben, ein nennenswert großes Waldgrundstück durch die GBG zu den Bedingungen, die wir für tragbar und vernünftig halten, wieder zu erwerben im

Bereich des Plabutsch. Wenn das gelingen sollte, dann haben wir einen großen weiteren Schritt zur Arrondierung unserer Waldflächen getan (*Applaus SPÖ*).

Bgm Mag. **Nagl**: Herr Gemeinderat, kann da noch was offen geblieben sein?

Mag. **Candussi**: Na ja, es ist irgendwie schon was offen geblieben. Ich habe ja in meinem Antrag nicht gesagt, dass in der Zwischenzeit nicht darüber nachgedacht wurde, dass nicht informiert wurde etc. Das Problem ist, wir haben noch immer kein Werkzeug in der Hand, also weder die Motorsäge noch sonst etwas, um den Wald jetzt tatsächlich so zu bewirtschaften und um das geht es (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*). Und ich glaube, es wäre jetzt endlich an der Zeit, dass man vielleicht eine Arbeitsgruppe, wie du gesagt hast, ein Vertreter, eine Vertreterin von jeder Fraktion, VerwaltungsexpertIn, ForstexpertIn und eine Vertreterin, ein Vertreter der GBG an den Tisch bringt und sagt, was wollen wir tun. Weil ich höre, Stadtrat Rüschi denke eher in Richtung Grünflächenamt nach und möchte da umstrukturieren, meine Befürchtung ist, dass noch ein paar Jahre vergehen und dass inzwischen der Borkenkäfer oder sonst etwas das Handeln im Walde bestimmt als alleiniger Faktor und so wie jetzt auch die Leute eigentlich nur hinten nachhecheln und nicht dazukommen, tatsächlich dieses Konzept sinnvoll umzusetzen. Meine Frage wäre eben in die Richtung, wärst du bereit, so eine Arbeitsgruppe einzurichten? Ein Hinweis noch, ich bin nämlich schon bei einer letzten Anfrage, das war eine Anfrage des Jahres 2003 vertröstet worden, damals hieß es, am 15. Mai 2003 steht das Konzept und wir haben mittlerweile doch ein anderes Datum und das Konzept steht noch immer nicht und deshalb bin ich da ein bisschen lästig.

StR. Dr. **Riedler**: Ich möchte nur sagen, dass der Borkenkäfer ein Instrument der natürlichen Auslese im Wald ist und daher nicht von vorneherein zu verurteilen ist.

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Herr Oberforstmeister Riedler.

StR. Dr. **Riedler**: Was jetzt die Umsetzung des Konzeptes angeht, möchte ich schon feststellen, dass natürlich ein Konzept bereits in Umsetzung ist und es leider nicht immer allen Gemeinderätinnen und Gemeinderäten möglich ist, wobei du eine löbliche Ausnahme bist, natürlich diese Informationsveranstaltungen zu verfolgen. Was die Arbeitsgruppe angeht, entspricht sie ohnehin dem, was ich für notwendig halte und was ich schon in der Vergangenheit versucht habe zu tun, ob sie jetzt formal eingesetzt ist oder auf informellem Wege ist vielleicht eine Geschmacksfrage, aber darüber kann man mir immer reden.

Bgm. Mag. **Nagl**: Das ist sicherlich die naturnaheste Waldbewirtschaftung, wenn wir auf den Borkenkäfer warten.

10) Mediationsverfahren im Universitätsviertel

GRin. **Jahn** stellt an StR. Dipl.-Ing. Dr. Rüschi folgende Frage:

GRin. **Jahn**: Werte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Bürgermeister, lieber Herr Stadtrat! Nachdem die Fragestunde schon fast vorbei ist, werde ich mich jetzt ganz kurz fassen. Wir kennen ja alle die Problematik rund um das Uni-Viertel. Es gibt da verschiedene Interessen. Es gibt auf der anderen Seite natürlich die Wirte, die Freude haben mit dem recht guten...

Zwischenruf unverständlich.

GRin. **Jahn**: Bitte, Wirte, Wirtinnen, weiß ich gar nicht, ob es eine gibt dort, kann ich jetzt nicht sagen.

Zwischenruf GRin. Fürntrath unverständlich.

GRin. **Jahn**: Tut mir Leid, Frau Kollegin, ich habe gedacht, das sind nur Männer, wenn auch Frauen sein...

Zwischenruf GRin. Fürntrath: Sie sollen nicht denken.

GRin. **Jahn**: Bitte, ich soll nicht denken? Doch, ich mag aber sehr gerne denken. (Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke). Die nicht so qualifizierten Zwischenrufe da möchte ich jetzt nicht weiter drauf eingehen. Die eigentliche Frage, es gibt verschiedene Interessen, es gibt sehr viele AnrainerInnen, die dort auf Grund des sehr hohen Lärmpegels sich belästigt fühlen und das auch zu Recht. Sie klagen über sehr starke Ruhestörungen, sie regen sich auf, was auch sehr verständlich ist, über verunreinigte Gehwege, über Autos, die teilweise beschädigt werden, sie kennen ja die Problematik hinlänglich. Die

F r a g e ,

die ich Ihnen stellen möchte im Zusammenhang mit der Mediation, die ja von Ihnen, Herr Bürgermeister, initiiert worden ist, können Sie dem Gemeinderat über den aktuellen Stand und die gewonnenen Erkenntnisse aus dem Mediationsverfahren im Universitätsviertel berichten?

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Frau Gemeinderätin! Rund um die Universität hat sich im Laufe der letzten zehn Jahre einmal die Zahl der verschiedensten Lokale massiv erhöht. Weiters auch durch die Tatsache, dass viele Lokale im Uni-Viertel bis in die Morgenstunden geöffnet haben, ist dort ein beträchtliches Konfliktpotential, wie Sie ausgeführt haben, zwischen den AnrainerInnen und den BesucherInnen gegeben. Die Interessensgemeinschaft lebenswertes Universitätsviertel als Sprecherorganisation hat deshalb nachdrückliche Forderungen erhoben, um diese Belästigungen durch Lärm, durch Verunreinigungen, aber auch durch Vandalismus zu vermindern und hat sich auch mit Aktionen an die Politik und die zuständigen Behörden gewandt. Sie haben es schon gesagt, dass dann auf Initiative unseres Bürgermeisters ein Mediationsprozess eingerichtet wurde, nachdem der über das BürgerInnenbüro abgewickelt wurde, bin ich auch dafür ressortverantwortlich. Es hat einen externen Mediator gegeben, sehr, sehr viele Gesprächsrunden, Mediationsrunden und zwar zwischen den Betroffenen sowie den Vertreterinnen und Vertretern der unterschiedlichsten Behörden. Es ging dabei letztlich zunächst einmal um eine Bestandsaufnahme der Interessen, es ging darum, gemeinsame Lösungen auszuarbeiten und um zu sehen, wie weit diese umgesetzt werden können. Die letzte Runde, die letzte vorläufige Runde jedenfalls hat in der Vorwoche stattgefunden und ich denke mir, dass zumindest einmal eine wesentliche Zielsetzung erfüllt wurde, nämlich eine spürbare Verbesserung des Gesprächsklimas. Auf der faktischen Ebene haben diese moderierten Gesprächsrunden zu einer sehr sachlichen Aufarbeitung und Darstellung der Problemsituation geführt sowie auch zu einer konkreten Auflistung der jeweiligen Lösungsmöglichkeiten. Die Palette reicht dabei von der Überprüfung der Anzahl der genehmigten Schanigärten, Aufstellung zusätzlicher Abfallkörbe, die Verdichtung der überwachenden Polizeistreifen bis hin zur möglichen Standortverlegung des einen Würstelstandes, der immer wieder für sehr, sehr viel Konfliktpotential in der Beethovenstraße sorgt. Nicht zuletzt ist in diesen Gesprächsrunden auch das gegenseitige Verständnis dafür gewachsen, dass es für die Probleme mit Lokalen im Uni-Viertel mit Sicherheit keine einfachen, keine simplen Lösungen gibt. Unter anderem deshalb bedingt, weil sich eben diese räumlichen Konfliktbereiche zum Teil auf Privatgrund abspielen, zum Teil auf öffentlichem Grund, Stichwort Gastgärten, und damit leider auch unterschiedliche Zuständigkeiten gegeben sind. Es wurde jedenfalls engere Kooperation zwischen den Gastronomen, Exekutive, Gastronominnen und den Taxiunternehmern und

Taxiunternehmerinnen bei den Veranstaltungen vereinbart. In einem der wesentlichsten Forderungspunkte der Interessensgemeinschaft lebenswertes Uni-Viertel, nämlich der Einschränkung der Öffnungszeiten der Lokale, sprich: frühere Sperrstunden (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*), kam es zu keiner endgültigen Klärung bisher, da für diese Sperrzeitenverordnung das Land Steiermark im Rahmen der mittelbaren Bundesverwaltung zuständig ist. Die Gespräche auf dieser Ebene gehen allerdings wiederum koordiniert durch das Bürgermeisteramt noch weiter und auch die Gespräche zwischen den Anrainern und Anrainerinnen sowie den Wirten und Wirtinnen werden nach Abschluss der betreuten Mediationsphase unter der Federführung der Büroleiterin des für die Bau- und Anlagenbehörde zuständigen Stadtsenatsreferenten, meines Kollegen Stadtrat Detlev Eisel-Eiselsberg, weitergeführt. Lassen Sie mich abschließend noch eine grundsätzliche Anmerkung machen. Die Mediation ist aus unserer Sicht durchaus ein Teilerfolg und zwar deshalb, weil die Konfliktparteien wieder ins Gespräch gekommen sind. Es hat sich aber auch gezeigt, dass die überwiegende Zahl der Lokalbetreiber selbstverständlich ein sehr, sehr starkes Interesse an der gedeihlichen Zusammenarbeit zwischen den Gruppen hat und wir auch sicher in Zukunft bei diesen schon angekündigten Gesprächen auch mit den Behörden alles unternehmen werden, damit auch die rechtlichen Möglichkeiten einer möglichst guten Koexistenz mit einer sehr aktiven und durch die Studenten auch sehr stark nachgefragten Lokalszene rund um die Uni gewährleistet bleiben. Ich hoffe, dass ich das einigermaßen umfassend beantwortet habe bezüglich des Mediationsprozesses und kann auch gerne die Protokolle zur Verfügung stellen (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Jahn**: Zunächst einmal danke für die geschlechtssensible Sprache...

Zwischenruf GR. Schönegger: Wir lernen.

GRin. **Jahn:** Ja, ich finde das wirklich super. Die Protokolle sind mir schon zugegangen, danke, und meine Zusatzfrage ist jetzt die: Ist dieses Mediationsverfahren für den Moment abgeschlossen oder sind jetzt weitere derartige Runden geplant beziehungsweise gibt es so etwas wie einen Zeit- und Finanzierungsplan für die Maßnahmen, die jetzt gerade in Gang kommen? Also eine Art Zielpunkt, wenn man sagt, bis da und da möchten wir das und das erreicht haben oder wie schaut es da aus?

Dr. **Rüsch:** Zunächst einmal gibt es, wie schon erwähnt, weitere Runden des Mediationsverfahrens, vielen Dank für den Hinweis. Allerdings ist die Zusammenarbeit mit dem externen Mediator zu Ende gegangen. Es gibt, wie gesagt, zwei Runden, eine koordiniert durch das Bürgermeisteramt mit der Frage der Sperrstunden, die zweite von der Kollegin Ennemoser vom Büro Detlev Eisel-Eiselsberg geleitet, zwischen den Anrainern/Anrainerinnen und den Wirten/Wirtinnen. Die finanzielle Seite ist bis jetzt dort sicherlich nicht als Problem aufgetreten, sondern das Problem ist eher, wie Maßnahmen gesetzt werden können, die zum einen dort dieses sehr belebte Viertel einfach in einen Rahmen bringt, der für die Anrainerinnen/Anrainer akzeptabel ist, sodass die ganz schlicht und ergreifend auch in der Nacht schlafen können. Ich denke mir, dass es besser ist und auch schneller zum Ziel führt, wenn dort die betroffenen Gruppen im Gespräch sind. Denn etwa Gesetzesänderung oder Änderungen von Landesverordnungen usw. dauern sehr, sehr lange. Zum Zweiten müssen sie kontrolliert werden und zwar permanent kontrolliert werden, was eben auf Grund der Polizeieinsätze nicht in diesem Ausmaß wie gewünscht möglich ist, sodass der Weg aus meiner Sicht nach wie vor der vielversprechendere ist, auf der anderen Seite müssen sicherlich Erfolge da sein, es muss die Zufriedenheit vor allem bei den Leuten, die dort wohnen, steigen.